

Erdogan, die Demokratie und das Allgemeinwohl

Beiträge zum Verständnis von Bezeichnungen

Was ist *Demokratie*? Was verstehen *wir* darunter, was der türkische Präsident Erdogan? Erdogan sagt, wenn das Volk die Todesstrafe wolle, dann könne sie auch verhängt werden. Was wäre, wenn das Volk die Lynchjustiz fordert? Ist *Demokratie* das *willkürliche* Handeln des Volkes? Soll das Parlament als Vertretung des Volkes alles unterstützen, was Menschen gerade meinen und wollen? Das wäre *direkte Demokratie* entsprechend dem imperativen Mandat. Derartiges forderten linksradikale Studenten in den 68er Jahren.

Wo bleibt die *Vernunft*? Ist alles, was man will, auch vernünftig, sinnvoll, dem eigenen Wohl dienlich? Wenn das so wäre, ließe sich das Glück aller leicht herbeiführen. Man müsste dann nur alle tun lassen, was sie gerade wollen. Das könnte allerdings zu „Sodom und Gomorrha“ führen – in ein heilloses Chaos und Durcheinander mit allseitiger Vergewaltigung, mit Mord und Totschlag nach Lust und Laune.

Damit es nicht so kommt, hat man Regeln zum guten Umgang miteinander erfunden. Das *Rechtswesen* ist auf *vernünftige* Lösungen ausgerichtet, also solche, die dem nachhaltigen Wohl aller Menschen dienen. Die *Waage* als Symbol der Justitia, der römischen Göttin der Gerechtigkeit, soll dafür sorgen, dass *fair* miteinander umgegangen wird, nicht willkürlich nach dem brutalen Setz-Dich-Durch-Prinzip.

Der Rechtsgrundsatz der *Gleichheit vor dem Recht und Gesetz* besagt, dass niemand gegenüber anderen bevorzugt oder benachteiligt werden darf. Das steht im Artikel 3 des Grundgesetzes. Der Sinn davon ist: Es ist *stets* für das Wohlergehen *aller Menschen gleichermaßen* zu sorgen, nicht für das Wohl einzelner auf Kosten anderer. Dazu gehört eine rechtsstaatliche Gerichtsbarkeit, die Übeltäter auf die rechte Bahn bringt und die Unschuldige nicht verurteilt. Die Gleichheit vor dem Recht und Gesetz beinhaltet außerdem, dass jeder das *gleiche* Recht hat, Gedanken und Vorschläge einzubringen, um bestmögliche Lösungen zum Wohl aller zu fördern. Dazu gehören das Ernstnehmen unterschiedlicher Sicht- und Herangehensweisen sowie das aufgeschlossene Erörtern von Zielen und Wegen. Dabei verbietet sich das Diffamieren und Unterdrücken von Positionen, die nicht dem eigenen Standpunkt entsprechen. *Jede Position ist daraufhin zu prüfen, was sie sachlich zugunsten des Allgemeinwohles leistet.*

Was zum *Allgemeinwohl* gehört, ist offensichtlich und weltweit unumstritten: Wenn man Menschen fragt, was sie wollen, und wenn sie sich in Ruhe ihre Antworten überlegen können, so erfährt man *überall* recht übereinstimmend,

- haben und bekommen, was man zum Leben braucht,
- dass es einem selber und den eigenen Kindern, Eltern, Mitmenschen gut geht,
- gesund sein bzw. gesund werden,
- die täglichen Herausforderungen (Aufgaben, Arbeiten) gut bewältigen können,
- sich einige Annehmlichkeiten leisten und gönnen können,
- mit möglichst allen anderen Menschen gut zurechtkommen,
- anregende und befriedigende Begegnungen mit anderen Menschen und mit Umweltgegebenheiten, zum Beispiel in der Natur
- zuversichtlich (sorglos) in die Zukunft blicken können,
- nach einer erfüllten und befriedigenden Zeit das eigene Leben in innerem Frieden hinter sich lassen können.

Wenn man Menschen fragt, was sie *nicht* wollen, und wenn sie sich in Ruhe ihre Antworten überlegen können, so erfährt man *überall* recht übereinstimmend:

- hilflos, ohnmächtig, ausgeliefert, ausgeschlossen, verlassen, missachtet sein oder werden,
- dass jemand mich und uns bei dem stört, was mir/uns am Herzen liegt,
- bedroht, bedrängt, genötigt, gezwungen, eingeengt, gegängelt, ausspioniert, manipuliert, getäuscht, angelogen, betrogen, verletzt, geschädigt und ausgebeutet werden,
- Not erleiden: Hunger, Durst, mangelhafte Versorgung mit Notwendigem, zu viel Kälte oder Hitze, Lärm, Gestank, Elend, Krieg.

Die dargestellten Antworten enthalten sinngemäß genau das, was der Schutz der Menschenwürde erfordert. Die *Menschen- und Grundrechte* besagen nichts Anderes, wurden nur mit anderen Worten formuliert. Diese Rechte dienen, ebenso wie alle anderen Rechte und juristischen Mittel, maßgeblich dazu, barbarisches und kriegerisches Handeln einzudämmen und zu überwinden zugunsten des Schutzes des Lebens und seiner Kultivierung. In dem Ausmaß, wie für die Beachtung und Befolgung der Menschen- und Grundrechte gesorgt wird, lässt sich alles das vermeiden, was ohnehin keiner will. Zugleich ist ihre *uneingeschränkte* Einhaltung Voraussetzung dazu, dass alle Menschen *ungehindert* ihrem inneren Bedürfnis folgen können, ihr individuelles Leistungspotential voll zum Wohle aller zu entfalten. Wenn ihnen diese Entfaltung ermöglicht wird, was zum Sinn des Lebens gehört, so wird das weltweit zu einer heute noch unvorstellbar hohen Lebensqualität führen. Um optimale Lebensqualität zu begünstigen, steht in Artikel 1 (3) des Grundgesetzes: „Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.“ Damit werden die staatlichen Organe verpflichtet, für die Einhaltung der Grundrechte und für das Allgemeinwohl zu sorgen.

Politik zugunsten des Allgemeinwohles („Demokratie“) ist eine Politik, die sich an diesem *fundamentalen Wollen aller Menschen* orientiert und praktisch ausrichtet. Dazu gehören selbstverständlich die Achtung und Pflege der Natur als unsere Lebensgrundlage, der Schutz der Umwelt vor der Zerstörung lebenswichtiger Ressourcen, möglichst wenig Abfall und Müll. Das kann nur in weltweiter partnerschaftlicher Kooperation gelingen, keinesfalls über Machtkämpfe von Menschen und deren Organisationen (Unternehmen, Gewerkschaften, Parteien, Staaten) gegeneinander oder über Waffenlieferungen und Kriegsführung.

Fragen wir uns angesichts dessen: *Inwiefern* stimme ich dem zu? Was ist meine eigene Position? Was ist die Position von Erdogan? Von Assad? Von Putin? Von Obama? Von Clinton? Von Trump? Der deutschen Bundesregierung?

Der Verfasser, Dr. Thomas Kahl, ist Bildungswissenschaftler. Er erstellt Lehr- und Lernmaterial (Arbeitstexte) für die Fächer Politik und Recht.